

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Zeitungsbauern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Ermächtigung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 25. Januar 1928

Nummer 21

900 Millionen für Pfaffen und Junker!

Die Lasten des reaktionären Schulgesetzes — Die Reichsregierung bewilligt „großmütig“ 30 Millionen — Die Länder und Gemeinden sollen den Hauptteil der Kosten tragen

Schluß mit dem Schulgesetz!

Berlin, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

In der Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages am Dienstag wurde der § 19 des Schulgesetzes beraten, der die Ausführungsbestimmungen der Länder betrifft. Zu diesem Abschnitt gehört insbesondere die Kostenfrage des Reichschulgesetzes.

Innenminister von Reudell gab eine weise Erklärung ab: eine mutmaßliche Höhe der Kosten sei schwer, wenn nicht unmöglich, abzuschätzen. Eine Umfrage an die Länder habe das bestätigt. Die Regierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden Mehrkosten aufbürde. Aus diesem Grunde wolle die Reichsregierung eine Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark an die Länder gewähren. Ein voller Ersatz der Kosten sei jedoch grundsätzlich abzulehnen.

In der Diskussion wurde die Forderung aufgeworfen, den Reichsfinanzminister zu zitieren. Herr Reudell hat schließlich den Herrn Köhler in seinen Geschäften nicht zu hören. Außerdem könne der Finanzminister nicht mehr sagen als er selbst.

Der Ministerialrat Böffler erhielt dann den Auftrag, die Schätzungen der Länder über die Kosten des Reichschulgesetzes bekanntzugeben. Aus der Regierungserklärung geht hervor, daß Preußen die Kostenberechnung für zu schwierig hält, daß das Württemberg des Herrn Bäßler von „nicht allzu hohen Kosten“ phantasiert, daß einige weitere Kleinstaaten ebenfalls keine Zahlen angeben, daß die einmaligen Kosten von den einzelnen Regierungen: für Bayern auf 54 Millionen, Baden auf 8 Millionen, Thüringen auf 5 Millionen, Hessen auf 8,1 Millionen, Hamburg auf 5,6 Millionen usw. geschätzt werden.

Der preussische Ministerialdirektor Kästner erklärte, Preußen habe deshalb keine Berechnung aufgestellt, weil das Gesetz der Reichsregierung sei, die das Gesetz gemacht habe und auch die Kosten tragen müsse. Auf dauerndes Drängen gab er aber bekannt, daß

die tatsächlichen Kosten für eine Klasse 50 000 Mark und für Personalkosten 9001 Mark betragen. Wenn man davon ausgehe, daß 32 000 Volksschulen mit 100 000 Klassen in Preußen beständen, und nur 1 Prozent (!) Abspaltung durch das Schulgesetz erfolgen würde, der Kostenaufwand 59,1 Millionen betragen würde. Preußen könne solche ungeheure Ausgaben nicht tragen.

Der bayrische Regierungsvertreter schloß sich Preußen vollinhaltlich an. Er forderte volle Tragung der Kosten durch das Reich.

Genosse Rosenbaum forderte am Schluß der Sitzung die Herbeizitierung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler zur Mittwochssitzung. Die preussische Regierung habe bei 1-prozentiger Schulabspaltung für Preußen allein 59,1 Millionen Mehrkosten errechnet.

Da man mindestens von 10 Prozent Schulabspaltung auf Grund dieses Gesetzes reden müsse, betrügen die Kosten dieser Schulverfassung für Preußen mindestens 591 Millionen. Rechnet man ein Drittel dieses Betrages für das übrige Reich, so würde ein Betrag von 800 Millionen herauskommen.

Der Finanzminister müsse vor dem Bildungsausschuß erklären, wie diese Summe aufgebracht werden solle. Die Erstattung von höchstens 30 Millionen durch das Reich lege den Ländern unmögliche finanzielle Lasten auf.

Der Vorsitzende Mumm wollte über den Antrag wieder einmal nicht abstimmen lassen, doch sah er sich schließlich gezwungen, den Finanzminister zur nächsten Sitzung am Mittwoch zu laden, da sich nicht nur Sozialdemokraten und Demokraten, sondern auch die Deutsche Volkspartei dem kommunistischen Antrag anschloßen.

Kann es etwas Ungeheuerlicheres geben als diese Tatsache? Auf der einen Seite Abbau aller sozialen

Ausgaben, weil kein Geld da ist: kein Geld für Kriegsveteranen, kein Geld für Erwerbslose, kein Geld für Sozialrentner, kein Geld für die kleinen Opfer der Inflation. Sie alle sollen hungern. Der Bürgerblock verweigert ihnen jede Hilfe. Aber für die Kulturreaktion, für die Verpuffung der Schulen, da sollen die wertvollen Massen von neuem bluten, sollen mehr als eine Dreiviertel Milliarde neue Lasten auf sich nehmen. Dafür ist Geld da in der Bürgerblockrepublik. Ein Sturm der Entrüstung muß entzündet werden gegen die Reudell und Marz, gegen den Bürgerblock und alle jenen, die ihm Hilfe leisten, gegen die SPD-Führer, die den Arbeitern schamlos einzureden versuchen, daß es nur günstig und nützlich sei, wenn der Bürgerblockrechtstag eines natürlichen Todes sterbe, wenn die Bürgerblockregierung noch ein Jahr lang am Ruder bleibe und alle ihre reaktionären Gesetze gegen das wertvolle Volk durchsetze, alle ihre reaktionären Anschläge, wie das Schulgesetz, unter Dach und Fach bringt.

Schluß mit dem Schulgesetz! Fort mit dem Reichstag der Schulverfassung! Weg mit der Bürgerblockregierung! Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen alle verbrecherischen Anschläge! Das muß die Antwort der Werktätigen in ganz Deutschland sein.

Die Streitlage in Mitteldeutschland

Magdeburg, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die mit wenigen Ausnahmen restlos durchgeführte Absperrung hat den Kampfgeist der Metallarbeiter sehr gesteigert. In Burg bei Magdeburg haben die Unternehmer nicht ausgespart. Hier kommen nur einige Mittelbetriebe in Frage. So weit bisher Mittelbetriebe vorliegen, sind bis auf einige kleine Betriebe die Metallarbeiter in allen übrigen Orten ausgespart. In Magdeburg veranstalteten die streikenden Metallarbeiter gestern eine gewaltige Protestkundgebung gegen die Scharfmacher in der Stadthalle. In Schönebeck und Umgebung, das nicht zum mitteldeutschen Industriegebiet gehört, befinden sich die Metallarbeiter ebenfalls in Bewegung. Hier lauten Mantelstreik und Lohnstreik zusammen ab. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen ganze 3 Pfennig Zulage geboten. Im Interesse eines geschlossenen Kampfes wäre es notwendig, daß die Schönebecker Metallarbeiter dieses höhnische Angebot mit der Aufnahme des Kampfes beantworten und mit den Magdeburger Kollegen die 15-Pfennig-Forderung durchsetzen.

Thale im Harz, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf Beschluß der Direktion wurde am Dienstag früh 6 Uhr das Eisenhüttenwerk Thale geschlossen. Zur Erledigung der Notstandsarbeiten wurden circa 100 Lehrlinge und Schwertragsbeschädigte durch besondere Vereinbarung verpflichtet. Die Belegschaft besteht aus rund 4230 Arbeitern und Arbeiterinnen.

Raubzug der Junker

Hundert Millionen für die Großagrarier — Wachsende Steuerlasten für die Arbeiter

Die Großpächter in Pommern sind in Finanzschwierigkeiten geraten. Rentenmarkkredite, die abgezahlt werden mußten, konnten nur unter schweren Bedingungen zurückgezahlt werden. Wechsel sind „eingefroren“. Die Zinsen, die sie zahlen müssen, sind die hohen Wucherzinsen der deutschen Großbanken. Nun schreien Junker, Großpächter und ihre Verbündeten über eine Agrarkrise. Sie, die für die wirtschaftliche Not der arbeitenden Bauern, für das Elend der kleinen Pächter, denen der Gerichtsvollzieher oft genug die letzte Kuh aus dem Stall getrieben, bestenfalls nur Worte übrig haben, fordern für sich Staatsunterstützung.

Sie gehen gleich grübelnd zu Werke. Die preussischen Junker sind nie bescheiden gewesen. Sie fordern für die „Landwirtschaft“ als erste Rate 100 Millionen Mark aus Staatsmitteln. Der Staat des Bürgerblocks soll den Junkern die Schulden bezahlen. Man sieht doch nicht vergebens auf den Ministerleistein.

Das Bürgerblockkabinett berät. Der Zentrumsfinanzminister Köhler ist vorläufig noch etwas hartleibig. Aber schon beraten die Parteiführer im Reichstag über Mittel und Wege, um Schielos Forderung „so weit wie möglich“ zu erfüllen.

Es geht ja nicht um ihr Geld. Die Junker wollen ja nicht Geld geben. Sie wollen Geld nehmen. Die 100 Millionen, die sie brauchen, sollen ihnen aus Staatsmitteln gegeben werden: aus den Steuergeldern der Werktätigen.

Ueberschüsse im laufenden Finanzjahr sind ja mehr als genug vorhanden. Der eben erschienene Dezemberausweis der Reichskasse verkündet, daß vom April bis zum Dezember 1927 die Reichseinnahmen den Voranschlag um 525 Millionen Mark überschritten haben. Soweit diese Mehreinnahmen nicht von der Erhöhung der Gehälter für die höheren Beamten aufgebracht werden — der Reichsanwalt Marz hat sich allein sein Gehalt um 9000 Mark im Jahr steigern lassen —, wollen die Junker die Ueberschüsse schlucken.

Denn auch diese Ueberschüsse, obwohl sie „allgemein“ aus den Steuern stammen, rühren in Wirklichkeit aus den Steuern der Werktätigen her. Das zeigt deutlich die Entwicklung des Steueraufkommens im Dezember. In diesem Monat sind im ganzen 578,8 Millionen Mark an Steuern eingegangen: um 103,9 Millionen Mark weniger als im November. Diese Mindereinnahme entsteht vorwiegend auf die Einkommensteuer. So hat die veranlagte Einkommensteuer 27,3 Millionen Mark, die Körperschaftsteuer 3,2 Millionen Mark und die Vermögenssteuer 66,8 Millionen Mark weniger gebracht.

Demgegenüber zeigt die Lohnsteuer trotz der gerade im Dezember sprunghaft gestiegenen Arbeitslosigkeit eine Mehreinnahme von 4,9 Millionen Mark gegenüber dem November. Die Weichnachtsgratifikationen sollen dies erklären. Ebenfalls die Zölle und Verbrauchsabgaben im Dezember um 2,8 Millionen Mark gegen den November gestiegen.

Wir haben es ja: sagt Schiele, sagt kein Landbund und sagen seine Junker. Wir haben die 100 Millionen Mark aus den Steuern der Arbeitenden. Wir brauchen die Millionen, um unsere überschuldeten Betriebe über Wasser zu halten. Pflicht der Verantwortlichen ist es, noch mehr zu hungern, damit wir unser Paraständebase weiterführen können.

Der Reichstag deckt das Ruhrpanama!

Genosse Torgler spricht zum Etat — Keine Veröffentlichung des Berichts zum Hoebus-Standal — Sozialdemokratie und Aufstrebende.

In der fortgeführten Debatte zum Etat spricht Abgeordneter Koch (Dem.), der die Schaffung des Einheitsstaates als Aufgabe des nächsten Reichstags bezeichnet. Groener gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung sich noch schlüssig werden müsse darüber, ob der Bericht des Sparkommissars Sämisch dem Reichstag vorgelegt werden könne. Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Torgler:

Die geschmacklosen Wühler Ruth Fischers haben mit Arbeiterpolitik nichts zu tun. Sie hat gestern so viel vom Anschmieren gesprochen. Nun — wo alles schmirt, kann Ruth allein nicht leben. Sie hat gestern eifrig versucht, sich bei der linken SPD anzuschmieren.

Severing hat für seine Rede vollste Anerkennung beim Bürgertum gefunden. Seine Rede war ein Abgeben der Wählerkarte zur Beteiligung an der nächsten Großen Koalition. In der ganzen Rede sucht man vergebens auch nur das Wort Sozialismus. Daher der Name Sozialdemokratie. Interessant ist, daß die staatsmännische Rede Severings auch den vollsten Beifall der linken Sozialdemokratie gefunden. Künstler war geradezu begeistert von dieser Rede.

Genosse Torgler zitiert einen Artikel des sozialdemokratischen Volksblattes in Zwickau, in dem gesagt wird, die Große Koalition liege nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, weil das Zentrum nicht republikanisch zuverlässig sei. Severing hat am Schluß seiner Rede auf die fünfjährige Weiberteilung des Tages hingewiesen, an dem das Sozialistengesetz beschlossen wurde, und hinzugefügt: „Die vaterlandlosen Gesellen von damals haben das Vaterland gerettet.“ Aber welches Vaterland? Das Vaterland der Unternehmer und Großkapitalisten ist es, das die sozialdemokratischen Führer mit der Niederwerfung der Revolution, nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, gerettet haben.

Die Schaffung des Einheitsstaates wird am meisten propagiert von den Vertretern des Trullkapitals, die eine Stärkung

Arbeiterfragen vor dem Landtag

Verschleppung des kommunistischen Antrages für die Riela-Gröbber Ausgesperrten — Zuschauung der sächsischen Erवरorkommen an ausländische Kapitalisten — Steuerfreiheit für Arbeitervereine gefordert — Die kommunistischen Erwerbslosenatträge zur Annahme empfohlen

60. Landtagssitzung

Dresden, den 24. Januar.

Entgegen der Erklärung des Landtagspräsidenten Schwarg in der letzten Landtagssitzung ist der kommunistische Antrag auf Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die ausgesperrten Riela-Gröbber Arbeiter nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden.

Genosse Wötcher

protestiert deshalb aufs schärfste gegen diese Verschleppung eines für die Arbeiterschaft wichtigen Antrages, besonders angesichts der Tatsache, daß der Kampf der Hüttenarbeiter um ihre Existenz sich ausbreitet. Er beantragt, den Antrag auf die Tagesordnung zu legen. Welche dies nicht, so charakterisiere sich dieser Landtag wieder einmal offen als

Anwalt des Großkapitals.

Der Einspruch der Bürgerlichen von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten verhindert dennoch die Beratung des Antrages. (Pfu-Kufe b. d. Komm.) - Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Anfrage der kommunistischen Fraktion wegen

Ausbeutung des Erwerbslosen im Erzgebirge

durch ausländische Firmen behandelt. In der Begründung weist Genosse Lieberlich darauf hin, daß zur Zeit, als die Kommunisten die Ausbeutung vorhandener Erzader durch den Staat verlangt hatten, die Regierung erklärt habe, daß dies nicht lösbar würde. Damit haben sich alle Parteien außer den Kommunisten zufrieden gegeben. Jetzt stellt sich heraus, daß an den betreffenden Stellen am Fichtelberg ein englischer Kapitalist großzügige Untersuchungen durch seine Ingenieure anstellen läßt. Dies kann zweifellos nicht ohne Einverständnis der Regierung geschehen sein, denn die Regierung hat 2 Fortmüller prätorisiert, weil sie den Ingenieuren des englischen Unternehmens nicht genügend entgegengekommen sind. (Hört, hört! b. d. Komm.) Int. Kupfer, Magnetiten ist bereits gefunden worden. Es ist unklar, daß die Regierung nicht die Erwororkommen im eigenen Lande nachprüft, sondern es Privatkapitalisten überläßt! (Sehr richtig! b. d. Komm.) Die sächsische Bergakademie beschäftigt sich mit den Erwororkommen in allen Ländern, nur nicht mit denen in Sachsen. Wir fragen: An wieviel private Firmen ist das Schürrecht im Erzgebirge verliehen worden? Wir verlangen, daß die Arbeiter dieses Gebietes neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Staat erhalten. Diese Regierung scheint aber nur die Werte Privatunternehmen zuzunehmen zu wollen.

Genosse Lieberlich

kenntzeichnet treffend die privatkapitalistische Unterstützung des Finanzministers und unterzieht die Haltung der Regierung einer scharfen Kritik, denn umsonst, ohne Aussicht auf Gewinn, würden die Privatkapitalisten sich nicht um „Erfororkung“ des Erzgebirges bemühen, während die Regierung den Privatunternehmern bewußt die Lebensgrundlage wegnimmt. Die Behauptung, daß dafür kein Geld da sei, widerlegt sich durch die Finanzpolitik der Regierung selbst, die genügend Geld für Unternehmerninteressen übrig hat. Angesichts der Tatsache, daß wir jetzt wieder über 100.000 unterstützte Erwerbslose haben, ist diese Haltung der Regierung einfach verwerfungslos! Damit ist die Angelegenheit vorläufig erledigt.

Der sächsisch-thüringische Grenzaußgleich hat zur Vorlegung eines Gehaltentwurfes über den Grenzaußgleich geführt, der nach Darlegungen des Ministerpräsidenten dem Ausschuß zur Bearbeitung überwiehen wird.

Zum Gehalt des Bundes Sächsischer Hebammenvereine um Erhöhung der Ruhestandsunterstützung um 100 Prozent sowie des Einkommens der berufstätigen Hebammen um 50 Prozent erklärt namens der kommunistischen Fraktion

Genosse Wölcher

daß diese die Forderung der Hebammen für berechtigt halten, da die Ruhestandsunterstützung und das Einkommen den Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Die Regierungskoalition hält nur eine ganz geringfügige „Aufbesserung“ für erforderlich. Das Gehalt wird wiederum an den Ausschuß zurückverwiesen.

Es folgen nun die zweiten Beratungen einer Anzahl von zum Teil wichtigen Anträgen. Die Bestimmungen darüber werden jedoch auf die Donnerstagsitzung verschoben, da eine größere Anzahl deutschnationaler Abgeordnete wegen Teilnahme an einer Landtagsabstimmung entschuldigt fehlen.

Zunächst wird Bericht über die Beratungen eines Antrages Lippe über die Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates im Ausschuß B erstattet, wonach die Forderungen des Antrages auf stärkere Vertretung sächsischer Wirtschaftsexperten im Rat von der Mehrheit angenommen wurde. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Schaffung einer partiellischen Zusammenfassung war bei bürgerlicher Stimmhaltung angenommen; ein Antrag auf Wegfall der Abteilung 3, die reinen Unternehmercharakter besitzt, wurde abgelehnt. Die Kommunisten lehnten im Ausschuß grundsätzlich den Antrag Lippe ab, da der Reichswirtschaftsrat ein kapitalistisches Instrument darstellt, das allein den Kapitalisteninteressen dient.

Die Wiederinbetriebsetzung der Zulepinnerei Waagen

hatte die kommunistische Fraktion am 7. Dezember 1926 in einem Antrag gefordert, der jetzt erst im Ausschuß zur Beratung gekommen war.

Genosse Opik

erklärt als Berichterstatter, daß während der vergangenen Zeit der Forderung der Kommunisten Rechnung getragen worden sei und deshalb der Ausschuß beantragte, die Angelegenheit für erledigt zu erklären. Es folgt die Ausschußberichterstattung über die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Steuerbefreiung von gemeinnützigen Arbeiterbildungs- und Kulturanstalten, Weiterbildung und Kulturveranaltungen, welche angenommen wurden. Der die im Ausschuß mit Mehrheit angenommen wurde eine „Deutschnationale Siegert“ wendet sich natürlich gegen eine „Vorziehung“ von Arbeiterveranstaltungen und tritt für die nationalistischen Sängerbünde ein.

Arbeitslosenfragen

behandelten drei kommunistische Anträge, die der Ausschuß B zur Bearbeitung überwiehen erhalten hat. Der erste Antrag fordert die Aufhebung der Anstaltsstrafe der Hüttenarbeiter. Der Ausschuß lehnte mit Mehrheit einen deutschnationalen Antrag auf Ablehnung des kommunistischen Antrages ab und schloß vor, einen Antrag des kommunistischen Antrages dem Ausschuß A zu überwiehen, im übrigen den kommunistischen Antrag unverändert anzunehmen.

Weiterhin beantragt der Ausschuß, die Regierung zu ersuchen, der Hochwasserregulierung der Lippe und Elber bei Leipzig ihre Aufmerksamkeit zu widmen und den weiteren Antrag der kommunistischen Abgeordneten Opik, Lieberlich und Schreiber auf Durchführung der Währungsreform zwischen Klassenbach-Stollberg aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge und den Anlegern ein Darlehen aus Staatsmitteln zu Prozentsatziger Verzinsung als Anlegersanteil in Höhe von einem Fünftel der Bauleisten zu bewilligen, der Regierung als Material zu überwiehen.

Genosse Schreiber, Oberwächter

erstattet Bericht über die Ausschüßeratung des kommunistischen Antrages, der von der Regierung verlangt, daß diese die Zurückziehung der Verordnung bei der Reichsregierung verlangt, die die Erhöhung der Karenzzeit auf drei Wochen für die Arbeiter vorzieht und weiterhin sich dafür einsetzt, daß die Karenzzeiten überhaupt aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz herausgenommen werden. Dieser Antrag ist bei bürgerlicher Stimmhaltung im Ausschuß mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Interessant ist aber, daß der Sozialdemokratische Stimmgeber nicht gegen die Verordnung Stellung genommen hat, sondern nur dem Antrag zustimmte, weil die Verordnung „zu plötzlich“ erlassen worden ist und die Bauarbeiter nicht genügend Zeit gehabt hätten, sich darauf „vorzubereiten“. (Hört, hört! b. d. Komm.) Schließlich erstattet noch Genosse Opik Bericht über die Beratung des kommunistischen Antrages auf Veränderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und Besserung der Verhältnisse der Hüttenarbeiter im Ausschuß B. Die Mehrheit des Ausschusses hat den Antrag abgelehnt, dafür aber einen „pflaumenweichen“ angenommen, wonach die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei den §§ 92 und 93 des Gesetzes bestehende Härten beseitigt werden und beim Landesamt für Arbeitsermittlung die nötige, insbesondere die tarifliche Ausbildung gewährt werden. Eine sozialdemokratische Anfrage wegen der hiesigen Formulare der Reichsanstalt für Arbeitsermittlung wird von der Regierung dahingehend beantwortet, daß die Regierung keinen Einfluß auf die Maßnahmen der Reichsanstalt hat. Zur Erhöhung der Karenzzeit erklärt die Regierung, daß diese vom Reichsarbeitsminister veranlaßt wurde. Die Regierung erklärt sich bereit, die Bedenken über diese Maßnahme dem Reichsarbeitsminister zu unterbreiten.

Genosse Opik

weist auf die Tatsache hin, daß das Steigen der Erwerbslosenziffer das Abblauen der Konjunktur ankündigt. Gegenwärtig hat Sachsen 123.479 unterstützte Erwerbslose. Dies zeigt, daß trotz Nationalisierung die Kräfte wieder heranrücken. Trotz dieser Tatsache, die der Arbeiterschaft besondere Aufgaben stellt, treibt die Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der reformistischen Gewerkschaftsführer in allen kapitalistischen Ländern nach wie vor die Politik des Wirtschaftstreibens mit den kapitalistischen Kapitalgebern. In Deutschland zeigt sich dies besonders deutlich. Während unter dem Druck der Arbeiter die KPD-Deute logar aus dem Reichsbanner stiegen, hüngen die Sozialdemokraten in den freien Gewerkschaften nach wie vor die USA-Gewerkschaftsführer, die dort ihre stärksten Positionen haben. Der Bürgerblock, dem wir Liebe die SPD wieder ihren Rost aus der politischen Ver-

teilung herausholt, nutzt die Zeit, um die Positionen der Kapitalherrschaft auf allen Gebieten zu sichern. Ein Schritt auf diesem Wege ist das Erwerbslosenversicherungsgesetz, das unter Mitarbeit reformistischer „Arbeitervertreter“ zustande kam und durch Zersplitterung und Klassifizierung der Arbeitslosen eine große Gefahr für die Arbeiterschaft mit sich bringt. Auch die Lage der Hüttenarbeiter ist besonders schlimm, weil ihnen die stehende Zuschläge usw. vorengehalten werden; Unterbringung und Verpflegung ist teuer und schlecht. Genosse Opik bringt eine Anzahl Vorschläge zum Vortrag und begründet damit die Forderung der kommunistischen Forderungen. Er begrüßt die Festhaltung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes als Zeichen des Erstarkens sächsischer Erwerbslosenkongressen als Zeichen des Erstarkens der Bewegung für die gerechten Forderungen. Die Kommunisten betonen, daß die Hüttenarbeiter, Erwerbslosen und die in den Betrieben lebenden Arbeiter gemeinsam Front machen müssen gegen die sie gefährdende Erwerbslosenversicherung und die mit Hilfe reformistischer Zersplitterung den Arbeitern aufgezwungen wurde. Nur dann ist es möglich, wirklich erfolgreich Schritte zu schaffen. (Bravos! b. d. Komm.)

Vor völlig leerem Hause verteidigt dann Siegmund (SPD) die reformistische Gewerkschaftspolitik und erklärt resigniert, die Lageverhältnisse seien nun eben so, daß ein Kampf gegen das Versicherungsgesetz zwecklos sei. Den Gipfelpunkt erreichte er, als er schließlich erklärte, die deutsche Arbeiter für Erwerbslose sei besser als die russische. Schließlich macht er noch einen dummen Witz über die Tatsache, daß die russischen Gewerkschaften an der Hebung der Wehrfähigkeit der russischen Arbeiterklasse arbeiten. Es ist geradezu typisch, daß die Antisowjetischen Hehler diesen linken Sozialdemokraten dazu dient, den deutschen Unternehmerterror und den Reformistenverrat den betrogenen Proleten schmackhaft zu machen.

Genosse Schreiber

antwortet Siegmund in treffender Weise. Er stellt fest, daß die Kommunisten für die Stärkung der Gewerkschaften und ihres Einflusses in der Arbeiterschaft eintreten, indem diese für die Befreiung der heutigen reformistischen Führung kämpfen. Die Aufgabe der Gewerkschaften in einem Arbeiterstaat müssen natürlich andere sein als unter kapitalistischer Herrschaft. Das Richtige aber ist und bleibt, daß die sozialdemokratischen Führer der deutschen Gewerkschaften diese nicht zu einem parasitären Kommissariat gegen das Unternehmertum, sondern zu einem Exploater kapitalistischer Macht ausgebaut haben. Deshalb erweisen sich bei allen wichtigen Kämpfen heute noch die Gewerkschaften nicht als Waffen für die Arbeiter. Die Kommunisten betrachten es als ihre Aufgabe, die Gewerkschaften wieder zu Instrumenten des Klassenkampfes zu machen und so wieder das Vertrauen der breiten Masse der Arbeiter zu ihrer eigenen Kraft zu stärken. Während in Rußland die Gewerkschaften den Arbeitern die Möglichkeit geben, ihre Schicksalhaftigkeit zu haben, um gegen jeden Angriff auf den Arbeiterstaat gewappnet zu sein, bewaffneten Sozialdemokraten — wie Koste und Filling — in Deutschland die Konturrevolution, um die Bourgeoisie vor den Angriffen der Arbeiter zu schützen. Daß das ein grundlegender Unterschied ist, wird nur ein Sozialdemokrat vom Schlage des Herrn Siegmund nicht verstehen können! (Beifalles Bravos! b. d. Komm.)

Damit wird die Debatte geschlossen. Die Abstimmungen über die Anträge werden in der Donnerstagsitzung vorgenommen werden.

Auf der Drehscheibe

Die Deutsche Volkspartei in Sachsen führt in der Frage des Reichshulgenrechtes hartnäckige Kämpfe durch. Die Hälfte der Partei — mit Dr. Kaiser an der Spitze — macht Propaganda gegen einschneidende Paragraphen des Reichshulgenrechtes, insbesondere gegen die Ausnahmebestimmungen für Sachsen. Auf der anderen Seite kämpfen die Männer des rechten Flügels für die vorbehaltlose Zustimmung zum Reichshulgenrecht. Die ehemaligen Nationalliberalen halten an ihren Traditionen fest. Sie wollen auch heute noch als Partei Drehscheibe ihren Ruhm bewahren. Vor einigen Tagen noch wurde der sächsische Volksbildungsminister Dr. Kaiser als Redner bei einer Kundgebung gegen das Reichshulgenrecht angekündigt. Nunmehr veröffentlicht die bürgerliche Presse am Dienstag eine sächsische Kundgebung für das Reichshulgenrecht. Diese Kundgebung steht für die unbedingte Annahme des Reichshulgenrechtes Entschlossenheit. Der Aufruf ist eine Aktion gegen den linken Flügel der Volkspartei. Unterzeichnet ist diese Kundgebung von den Mitgliedern der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Professor Hildmann, Bergdirektor Lippe und anderen.

Auf Grund der Zuspitzungen der Differenzen sieht sich nunmehr die „Sachsenstimme“, das offizielle Parteiorgan der Deutschen Volkspartei für Sachsen, gezwungen, zu den Differenzen Stellung zu nehmen. Das Blatt schreibt hierzu:

Es ist von Anfang an nie ein Geheimnis gewesen, daß die Verteilung einzelner Paragraphen des Schulgesetzes in den Kreisen der Deutschen Volkspartei — genau so wie bei allen anderen Parteien — nicht einheitlich ist und gewesen ist. Diese Meinungsunterschiede pflegt die Deutsche Volkspartei — hier im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien — nicht auf offenkundige Weise, sondern in ihrem eigenen Kreise zu erwägen, zu klären und auszugleichen.

Die öffentlichen Polemiken, die in der Presse zwischen dem rechten und linken Flügel der Volkspartei ausgefochten werden, strafen die „Sachsenstimme“ Ulgen. Es ist dem Partei-Oberbürgermeister Wölcher nicht gelungen, die Differenzen innerhalb der Volkspartei weiterhin zu vertuschen. Die Kämpfe werden längst „auf offenkundige Weise“ ausgetragen. Hildmann und Lippe sind die Gesprochenen der volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Heintze und Wölcher. Prinzipiell hat sich die schmerzinduzierte Volkspartei mit dem Zentrum geeinigt. Die Kämpfe, die sich jetzt in Sachsen zwischen den verschiedenen Richtungen der Volkspartei abspielen, sind nur ein neuer Beweis für die Tatsache, daß die kleinbürgerlichen Wählerkreise in den großkapitalistischen Parteien reiferen.

Die Munitionshiebung

Ein neuer Reichswahlstempel

Ueber die Munitionshiebung im Kieler Hafen und deren Hintermannor werden jetzt neue Einzelheiten bekannt. Die deutsche Wehrmacht, das Reichswehrministerium und in demselben beschäftigte Offiziere (ähnlich wie bei der Rhoebus-Affäre) in diesen Skandal verwickelt sind. Die bürgerliche Presse, wie das Berliner Tageblatt, fühlt sich verpflichtet, von vornherein das Reichswehrministerium reinzuwaschen. Indem es schreibt: Das Unwahren gegen den Kapitän Lehmann hat offenbar nur geringen Eindruck gemacht und gewisse Stellen innerhalb

der Marineleitung scheinen entschlossen zu sein, hinter dem Rücken der obersten Vorgesetzten (!) ihr unverantwortliches Treiben fortzuführen.

Für die Munitionshiebung im Kieler Hafen, bei der 17 Waggon Munition (Gewehrpatronen) beschlagnahmt wurden, soll ein aktiver Oberleutnant Vrohe und ein Oberregierungsrat Wenzler von der Seetransportabteilung der Marineleitung verantwortlich sein. Um die Untersuchung, wenn es überhaupt zu einer solchen kommt, zu verhindern, bemühen sich diese beiden Munitionshieher, mit ihren Hintermännern, die ganze Sache (ähnlich wie bei der Rhoebus-Affäre) so hinzustellen, als wenn sie im „Interesse der Landesverteidigung“ gehandelt sei. Was daran wahr ist, kann man daraus ersehen, daß selbst das Berliner Tageblatt diese Ausreden als glatten Schwindel abstut und die ganze Munitionshiebung als ein Geschäft erklärt, bei dem sehr viel Geld verdient werden sollte. Es handelte sich dabei um Hunderttausende von Reichsmark.

Wenn man weiter erfährt, daß der Oberregierungsrat Wenzler in Kiel war und mit allen möglichen staatlichen und militärischen Stellen verhandelte, die die Munitionshiebung erleichtern sollten, und daß dann nur durch eine zufällige Reklusion die „Munitionshiebung“ als Munition erkannt wurde, so kann man daraus folgern, daß bestimmt nicht nur die beiden genannten Offiziere als die eigentlichen Schieber verantwortlich zu machen sind, sondern daß hinter dem Munitionsskandal in Kiel noch andere Kräfte der Marineleitung und des Reichswehrministeriums stecken, die jetzt aus irgendwelchen Gründen unbedingt geschont werden sollen. Die Arbeiterschaft fordert genau wie bei der Rhoebus-Affäre strengste Untersuchung durch Vertreter der Arbeiterschaft und Veröffentlichung des Ergebnisses.

Die proletarischen Freidenker für gemeinsame Kundgebung

Wir werden ersucht um Veröffentlichung der folgenden Entschlüsse:

„Die am 18. Januar tagende Mitgliederversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung der Gruppe Altschiff fordert die beiden Arbeiterparteien und den ADGB auf, den 1. Mai 1928 gemeinsam zu feiern. Bei dem geschlossenen Auftreten der kapitalistischen Ausbeuter gegen die Arbeiterschaft (Bergarbeiterkampf, Eisenbahn- und Hüttenarbeiterstreik sowie bei der Durchpflanzung des Reichshulgenrechtes) muß eine geschlossene Front der Arbeiter entgegengesetzt werden. Die Genossinnen und Genossen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung werden die Partei mit allen Mitteln unterstützen, die für eine gemeinsame Kundgebung eintritt. Sie verlangen von den Arbeiterparteien und dem ADGB ihre Stellungnahme sobald als möglich.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die kommunistische Partei hat bereits öffentlich erklärt, daß sie genau so wie im vorigen Jahre darauf bedacht ist, am 1. Mai eine gemeinsame Kundgebung zustande zu bringen. Demgegenüber hat die niederbeirteilung der SPD den Beschluß gefasst, am 1. Mai 1928 eine eigene Parteidemonstration durchzuführen. Es wird die Aufgabe der sozialdemokratischen Freidenker sein, ihre Führer zu zwingen, dem Willen der Arbeiter zu entsprechen, so daß am 1. Mai ein geschlossener Kuward der Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, erreicht wird.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Radsport-Klub „Solidarität“, Abt. Neustadt. Am Sonnabend den 14. Januar vereinten sich die Mitglieder der Abteilung nebst Familienangehörigen im Deutschen Haus, Großenbäcker Straße, zu einem Familienabend. Eintritt und Tanz waren frei. Die Tanzlustigen sind auf ihre Rechnung gekommen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ehrung der Jubilare, die über 20 Jahre Bundesmitglieder sind. Nach kurzer treffender Ansprache des Genossen Weller, der die Alten den Jüngeren zum Vorbild empfahl, wurde jedem Jubilar ein Diplom überreicht. Von zwei Genossinnen gelangtem Lieder zur Laute überreicht. Bei fröhlichem Tanz fand der Abend seinen allgemeinen Beifall. Bei frühlichem Tanz fand der Abend seinen allgemeinen Beifall. Bei frühlichem Tanz fand der Abend seinen allgemeinen Beifall.

Arbeiter-Radsport-Klub „Solidarität“, Abt. Altstadt. Nachdem im vergangenen Jahre die Weihnachtsfeier ausgefallen war, fand für dieses Weihnachtsfest am 15. Januar eine Feier in den Familienräumen statt. Mit Musik, ausgeführt vom Arbeiter-Musikverein „Harmonie“, Altstadt, nahm die Feier ihren Anfang. Nach einem hinhöflichen Prolog, gesprochen vom Bundesmitglied Zeune Sanderhaus, folgte eine Begrüßungsansprache des Abteilungsleiters. Er erwähnte, nicht nur an der Weihnachtsfeier teilnehmen, sondern auch an anderen Veranstaltungen der Abteilung. Weihnachtsgedichte, vorgetragen von zwei Kindern des Genossen Kufs, fanden großen Beifall, ebenso die Aufführung eines Theaterstückes: „Knecht Ruprechts Sack“ der Jugendabteilung Köblau, wobei vortrefflich gespielt wurde. Musik und Vorträge folgten in bunter Reihe, dann folgte die Belagerung von 76 Kindern der Mitglieder. Bei Stollen und Kaffee erheiterten sich die Kinder an den schönen und reichlichen Geschenken. Große Freude löste das Erscheinen des Knecht Ruprechts aus, der aus seinem großen Sack Äpfel, Nüsse und Pfefferkuchen verteilte. Ganz besonders beifällig wurden noch „Die bösen Puppen“ aufgenommen, ausgeführt von sechs Damen, desgleichen „Die fliegende Barbierstube“, ebenfalls von den Wäbteraner Jugendgenossen aufgeführt. Den Schluss bildeten wieder Musikaufführungen. Die Abteilung darf mit Stolz auf diese Feier zurückblicken, offenbarte sie doch so recht das Zusammengehörigkeitsgefühl, das uns unter dem Namen „Solidarität“ vereint.

Arbeiter-Radsport-Klub „Solidarität“, Abteilung Striesen-Johannstadt. Am 8. Januar hatte die Abteilung wie alljährlich ihre Weihnachtsfeier im Reichshof. Der Vorhänge eröffnete die Feier mit einer Ansprache und stellte darin Zweck, Ziele und Leistungen des Bundes. Ein sehr gut durchgeführtes Vorspiel leitete das theatrale Programm ein. Während sich mit fröhlichen Gesängern circa 85 Kinder der Kasse und Stollen, Äpfel, Nüssen und anderen Kleinigkeiten erfreuten, trugen vier Kinder unserer Genossen zeitgemäße, im proletarischen Sinne gehaltene Gedichte vor, welche reichen Beifall fanden. Das von unseren Kindern aufgeführte und von einigen Genossen redigierte Theaterstück „Weihnachten im Turmstübchen“ fand allgemeine Anerkennung und reichen Beifall. Nach beendeter Feier wurde das Tanzbein freigelegt bis 1 Uhr geschwungen. Wir dankten unseren Genossen für die Opfermütigkeit und Mitwirkung, und vor allem unseren Kindern für ihre große Mühe und freuen uns, endlich den Genossen derartiges bieten und neuen Geist in unsere Reihen tragen zu können. Möge dieser weitere so frohlichen zu Ruh und Frommen für die Abteilung. „Friede auf!“ ans Werk.

Arbeiter-Radsport-Klub „Solidarität“, Ortsg. Raditz. Der immer stärker stehende Verkehr auf den Straßen und die damit verbundene Gefahr für unsere Mitglieder, zwingt uns zu größeren Vorsichtsmaßnahmen. Diesem Zwecke gelten die verschiedenen Kurze, die in der Abteilung Raditz zur Zeit abgehalten werden. Behandelt wurden bisher die Verkehrszeichen und Selbsthilfe bei Unfällen. Der am 25. Januar, 1930 Uhr, beim Genossen Kadshinta, Kankelstraße 26, beginnende Sommerkurs möchte deshalb eine besonders starke Teilnahme der Mitglieder aufweisen. — 29. Januar Unterhaltungsabend mit Musik in der Saubürste, Anfang 19 Uhr. — Jugendabteilung. 28. und 29. Januar Vorabendtour

nach dem Baitenberg. Treffen Sonnabend um 16 Uhr im Reichshof Bahnh. Abfahrt 16.30 Uhr. Sonntagstour bis Reichshof (Weitzlau). Preis 2,20 RM. Eine herrliche Tour steht in Aussicht und alle Jugendlichen sollten sich daran beteiligen. Uebernachtung im Baitenberger Jugendheim. — Neustadt. 29. Januar Exkursion. — Striesen. 28. Januar Kodelabend im Waldpark. Treffen 20 Uhr. — Motorfahrer. 29. Januar Kegelabend für Damen und Herren bei der „Guten Klara“ in Striesen. Grunauer Weg (2 Kegelbahnen). Beginn 18 Uhr (Strassenbahnlinien 9 u. 13). — Soorhof. 28. Jan. Monatsversammlung im Restaurant Sina, Christianstraße 22.

Arbeiter-Radsport-Klub „Solidarität“, 7. Bezirk. Sonntag, den 29. Januar, 11 Uhr: Saal- und Straßenfahrwarte-Konferenz in Weißig bei Freital, Gasthof zur Erholung. Anschließend Lichtbildvortrag.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Die den Gruppenvertretern überreichten Statistikbogen dienen zur Berichterstattung und sind für die Akten der Gruppenverwaltung bestimmt. — Gruppen- und Abteilungsleiter: Von den Fragebogen ist erst ein kleiner Teil eingegangen. 15. Januar war Termin. Holt das Verfümte sofort nach! 29. Januar, 9 Uhr, über alle guten Hochreiter des Bezirks in der Vereinsturnhalle in Dresden-Cotta. Denkt an das Bühnensport und erscheint zahlreich! 28. Januar ist Meldebefehl für den Fortgeschrittenkursus und für die Teilnahme am Bühnensport. — Die Bezirksfunktionäre, die für den Jahresbericht Aufträge zu liefern haben, werden ersucht, diese kurz zu halten und recht bald einzuliefern.

Kugelh. 2. Bezirk, Schiedsrichtervereinigung. Die Schiedsrichter-Kommission bilden folgende Genossen: Erster Obmann Martin Kunze (Kadebeul), zweiter Obmann Bruno Kahlst (Horschtitz), Schriftführer Karl Dietrich (1888), Richter Fritz Hempel (Cotta) und Kurt Jäppelt (Birna). Alle Schiedsrichterangelegenheiten gehen an Martin Kunze, Kadebeul, Am Kreis 9.

Turn- und Sportbund Kadebeul. Donnerstag den 26. Januar Turnspielerversammlung in der Scharen Ede. Anfang 19.30 Uhr. (Nicht nur Kugelh.). — Sonnabend den 28. Januar Jahreshauptversammlung in den Bier Jahreszeiten, Beginn 19.30 Uhr.

Freie Wasserportvereinigung Sakhens. Der Bezirkstag wird auf den 22. Februar verlegt, wenn das Kreiswinterportfest am 28. und 29. Januar stattfindet. Sollte dies wegen Witterungsverhältnissen verschoben werden, bleibt das alte Datum (29. Januar) bestehen. Die Delegierten sowie die Bezirksvorstandsmitglieder haben ihr Mitglieds-, Partei- und Gewerkschaftsbuch und die Kirchenaustrittsbescheinigung vorzulegen. Die Bekleidungsliste über abgerechnete Bundesschulmarken, die der Bund den Vereinen gelandt hat, ist ebenfalls mitzubringen. Jeder Delegierte muß mit Mandatsausweis versehen sein.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Abt. Altstadt-Str. Freitag, den 27. Januar, findet um 19.30 Uhr eine allgemeine Funktionärerversammlung mit Vortrag des Genossen Fritz Schreiber über die Aufgaben und Pflichten des Funktionärs statt. Alle Funktionäre müssen zu dieser Versammlung kommen. Mitglieds-, Partei- und Gewerkschaftsbücher sind mitzubringen. Die Mitgliederversammlungen finden ab Februar an jedem dritten Sonnabend im Monat im Volkshaus (Zimmer 4) statt.

Wassersport, Bezirkskampfvereinsvereinigung des 2. Bezirks. Die angelegte Sitzung für den 28. Januar wird auf den 11. Februar wegen dem Kreiswinterportfest verlegt.

Post-Abteilung Horschtitz. Zur Auslösung der Anteilheine sind folgende Nummern gelangt: 31-40, 51-58, 63 bis 71, 86-102, 176-180. Einzulösen beim Kassierer E. Weiße in Zalkwitz, Salzbadstraße 10, 3. Stock, und zwar Freitags von 18 bis 19 Uhr.

Ausschuss zur Förderung der weltlichen Schule, Freital. Mittwoch, den 25. Januar, 19.30 Uhr, im Döhlemer Hof: wichtige Sitzung. 20: Reichsschulgesetzentwurf, Jugendweihe u. a. Alle Delegierten und auch die Kurzsleiter müssen erscheinen.

Kursus für Weltsprache Jdo. Mittwoch den 1. Februar 1930 Uhr im Sekretariat der JAB, Güterbahnhofstraße 24. Kursus frei! Lehrbuch 1,50 Mark. Die Beteiligung der Jugend sowie des JSB ist erwünscht.

KPD / Bezirk Ostschlesien / Sekretariat
Adressen: Siegfried Kade, 202 N. Dresden-Al.
Columbusstr. 9 / Tel. 25033 / Versammlungsstätten müssen spätestens drei Tage vor dem Versammlungstermin im Sekretariat gemeldet sein.
Kustodie in allen Arbeiterkräften jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr

Donnerstag den 26. Januar:
Ordnungskommission im Parteibureau 19.30 Uhr. Alle Orgleiter der Stadtteile müssen hieran teilnehmen.

Freitag den 27. Januar:
Neustadt-Weiß. Alle KPD-Gewerkschaftler von Pieschen, Trachenberge, Raditz, Kade, Kadebun Versammlung im Bürgerhof 19.30 Uhr.

Volkshaus. Kurzsportfest im Café Riemer 19.30 Uhr.
Struppen. Öffentliche Versammlung im Mittelgarten 20 Uhr. Genosse Schreiber spricht über Russland.

Kommunistischer Jugendverband
Ostschlesien. Die Bezirkskonferenz am 28. und 29. Januar findet in Dresden, Ostel Toms Hütte, Osttagebege, statt. Beginn Sonnabend den 28. Januar 19 Uhr. Alle Gruppen müssen vertreten sein. (Siehe Anweisungen.)

Mittwoch, den 25. Januar
Südwest. Stellen zur Demonstration pünktlich 17.30 Uhr auf dem Ebertplatz.

Donnerstag den 26. Januar:
Groß-Dresden. Agitproptruppe. Probe im Gasthof Wöllnitz. Beginn Punkt 18.30 Uhr.
Horschtitz. Gruppenabend fällt aus. Dafür alles zur Generalprobe zur KPD-Zeitung im Gasthof Kiedersieditz.

Freitag den 27. Januar:
Johannstadt. Freie Gewerkschaftsjugend von 19 bis 21 Uhr in der Silbermannschule. Alle in der Gewerkschaft organisierten KJ- und KJ-Genossen haben zu erscheinen.

Jung-Spartakus-Bund
Mittwoch den 25. Januar:
Neustadt-Ost. 17.30 Uhr im Jägerpark, Hauptplatz, Hauptstr. 51: KPD-Feier. Alle Pioniere erscheinen in Kutt- und Tuch.

Donnerstag den 26. Januar:
Striesen. 17.30 Uhr in der Erdvogel: Gruppenabend. Pioniere, erscheint pünktlich, da das Lokal nur bis 18.15 Uhr frei ist.

Roter Frontkämpferbund
Gau Ostschlesien. Alle Ortsgruppen und Abteilungen müssen den Monat Januar bis 30 d. M. abrechnen sowie alle Extramarken. Ortsgruppen, die noch im Besitz von Antifortschrittmarken sind, haben dieselben einzulösen oder abzurechnen.

Mittwoch den 25. Januar:
Ortsgruppe Freital. 19.30 Uhr im Gasthof Krille (H. Zimmer) Versammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Donnerstag den 26. Januar:
Kapelle Neustadt. 19.30 Uhr Übungsstunde bei Wiederanders, Kasernestraße 19. Pflichtdienst.

Abteilung 12. 19.30 Uhr Abteilungsversammlung in Stadt Dresden.

Heidenau. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung in der Reichstrone. Pflichtdienst.

Neugersdorf. Alle Kameraden stellen vormittags 8.30 Uhr bei der Leichenhalle auf dem Kirchhof Neugersdorf zur Abschiedsfeier unseres verstorbenen Kameraden Edwin Hoffmann. Die Einäscherung findet 14 Uhr im Krematorium Jitzou statt.

Sonnabend, den 28. Januar
Köhlgenbrunn. 19.30 Uhr im Goldenen Anker: Mitgliederversammlung.

Rote Jungfront
Mittwoch den 25. Januar:
Abteilung 2. 1. Zug Jugabend bei Schirmer. 2. Zug Jugabend im Flemminghof.



*Frühen Sie
zum geistigen Genuß beim
Lesen eines guten Buches
den Wohlgeschmack
der wirklich ausgezeichneten*

Greifling Auslese zu 5s

Dann macht Ihnen jede Lektüre dreifaches Vergnügen. Haben Sie zum Feste ein Buch geschenkt erhalten, dann werden Sie sich durch diese Zigarette erst die rechte Behaglichkeit verschaffen. In den aromatischen Duftwölken dieser wundervollen Marke befreit sich ihr Geist, und es ist jedem Kenner vertraut, wie sehr das Fluidum der Greifling-Auslese die Seele beflügelt.

Aus der Freiidenerbewegung

Wir sind unseren Kindern schuldig, sie nicht die Tradition des Kleinbürgers mehr zu lehren, sondern die Volksmacht der Bogenlampe. Jede Generation muß einen gewissen Schritt nach vorn tun, und sie soll es auch empfinden dürfen, daß sie vollkommener werden muß, als wir es waren, weil dies das Gesetz der Entwicklung ist.

Zwei Beweisgründe

Und es, mit welchen wir proletarischen Freiidenten unsere Aufklärung und Agitationsfähigkeit rechtfertigen:

1. Die Religion als seelische Einstellung einer vergangenen, gefühlsmäßigen Zeitstufe hemmt die Entwicklung des revolutionären Klassenbewusstseins, weil dieses die klare, verständliche Erfassung wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge voraussetzt.

2. Die Religion wird von der Kirche planmäßig zu reaktionären Zwecken mißbraucht.

Unter erster Kamouflage lautet: Heraus aus der Kirche! Er gilt jenen Genossen, welche längst nicht mehr glauben, aber aus Trägheit und Gedankenlosigkeit dem Erbsünde des Sozialismus, der Kirche, Gefolgschaft leisten. Unsere Hauptaufgabe besteht jedoch in der aktiven Kleinarbeit: Erziehung der fleißig arbeitenden Arbeiter zu Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts.

Von den proletarischen Parteien verlangen wir nur eines: Verhängnis für unsere dem Sozialismus dienenden Bestrebungen. In diesem Sinne hat die „Internationale proletarischer Freiidenten“ in ihren programmatischen Richtlinien folgenden Punkt 14 aufgestellt:

„Da sich die proletarische Freiidentbewegung in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellt, verlangen wir auch von jeder proletarischen Partei im Interesse dieses

Klassenkampfes eine Unterbrechung unserer Bestrebungen. Jede proletarische Partei muß klar erkennen, daß für den Staat die Religion Privatangelegenheit ist, aber für sie selbst darf die Religion nicht Privatangelegenheit sein. Insbesondere von den Führern und Funktionären der proletarischen Bewegung muß verlangt werden, daß sie voll und ganz auf dem Boden des Marxismus stehen, der mit jeder religiösen Ideologie unvereinbar ist.“

Aus der Frage des Christentums

Toleranz!

Die deutsch-christliche Arbeitsgemeinschaft Groß-Deutschlands hat auf ihrer Vollversammlung in Berlin beschlossen, daß die Landesstellen auszusuchen werden sollen, etwa solche Plätze, die freimachen und nicht bis zu einer bestimmten Zeit ihren erledigten Ämtern aus der Lage eideschwärzlich verbleiben können, in der evangelischen Kirche nicht mehr zu dulden.

Aus dem Organisationsleben

Die Unterbezirks-Generalversammlung

Am Sonntag den 20. Januar 9 Uhr im großen Saale des Volkshauses Ost. Tagesordnung: 1. Vortrag: Unsere Gegner und wir. 2. A. L. Gen. Rechenschaftsbericht. 3. Ausprüche. 4. Neuwahlen. 5. Anträge. Für den letzten Punkt liegen eine Reihe wichtiger Anträge vor. Weiter ist eine Resolution der Ortsgruppe Dresden-Mitte eingegangen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die am 18. Januar 1928 im Volkshaus stattfindende Mitgliederversammlung des Verbandes für Freiidentium und Generalfestung der Gruppe Altstadt fordert die beiden Arbeiterparteien und den ADGB auf, den 1. Mai 1928 gemeinsam zu feiern. Bei dem geschlossenen Zutreten der faktischen Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse (Bergarbeiterkampf, Eisenbahn- und Hüttenarbeiterstreik, sowie das Reichsbahnstreik) muß eine geschlossene Front der Arbeiter

herbeigeführt werden. Die Genossen und Genossinnen der ADGB werden die Partei mit allen Mitteln unterstützen, um für eine gemeinsame Aktion der Arbeiterparteien und des ADGB ihre Teilnahme so bald wie möglich. Die Mitglieder der Gruppe Altstadt erwarten von den Delegierten, daß sie eine gemeinsame Aktion der Arbeiterparteien und des ADGB zustande zu bringen.“

Es liegt aber bereits ein Antrag vor: „An den Unterbezirk wird das Ersuchen gerichtet, sich unverzüglich mit den Arbeiterparteien und den sonstigen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen, um für das Jahr 1928 eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen.“

In der Generalversammlung haben auch außer den Delegierten Mitglieder als Gäste Zutritt. Von allen Erscheinenden muß aber das Mitgliedsbuch vorgezeigt werden.

Verband für Freiidentium und Generalfestung E. V.

Freitag den 27. Januar: Saal des Volkshauses Ost. 20 Uhr Jahreshauptversammlung im Gathof zum Löwen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Sonnabend den 28. Januar: Meißner. Jahreshauptversammlung im Gewerkschaftshaus (Saal)

Sonntag den 29. Januar: ADGB Groß-Dresden. 9 Uhr im Volkshaus (großer Saal): ADGB-Generalversammlung (Delegiertenversammlung).

Ortsgruppe Postleitzahl Schandau u. Umg. 14 Uhr beginnt die erste Vorbereitung zur Jugendweih im Gathofsaal, Carlsbrücke in Weiditzstraße. Die Eltern wollen ihre Kinder darauf aufmerksam machen. Eltern und hierzu ebenfalls eingeladen.

Ortsgruppe Nadeberg. 17 Uhr im Saale des Deutschen Hauses. Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Geschäftsbericht. Jahresbericht, Anträge, Neuwahlen, Verschiedenes.

Ämterliche Bekanntmachungen

Freital

Die Studienarbeiten für den Stadthausneubau sollen vergeben werden.

Kostenanschläge können im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 10, entnommen und dort bis Montag, den 30. Januar 1928, 12 Uhr, mit der Aufschrift „Stadthausneubau“ wieder abgegeben werden.

Die Öffnung der Angebote erfolgt zur angegebenen Zeit im Besonderen einmündiger Bewerber.

Die Ausschreibung erfolgt nach den Bestimmungen über die Vergabe von Leistungen und Lieferungen für die Stadt Freital.

Kat der Stadt Freital, am 23. Januar 1928.

Brand-Erbisdorf

Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1928

Unter Hinweis auf die ausführliche Bekanntmachung an der Anschlagtafel im Erdgeschoss des Rathauses werden die zur Abgabe der Gewerbesteuererklärung für 1928 Verpflichteten hierdurch noch besonders aufgefordert, diese Steuererklärung in der Zeit vom 2. bis 16. Februar 1928 an unser Stadtbauamt einzureichen.

Die Vordrucke hierzu werden den Steuerpflichtigen in den nächsten Tagen zugestellt.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugestellt worden ist. Solche sind bei unserem Steueramt erhältlich.

Brand-Erbisdorf, den 25. Januar 1928. Der Stadtrat.

Verband für Freiidentium und Generalfestung E. V.

Ortsgruppe Meissen.

Sonnabend den 28. Januar 20 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal):

Jahreshauptversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht vom Internationalen Freiidentenkongress in Köln a. Rh. 2. Jahres- und Kassensbericht. 3. Neuwahlen. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder, die Hauptversammlung zahlreich zu besuchen.

Der Vorstand. J. A. Franz Genz.

Für unsere neue Zentralmischerlei suchen wir einen Schriftgewandten

Seiter.

Bewerber muß verheiratet sein und gewandte Umgangsformen besitzen. Auch muß er mit der Bedienung eines konjunktionspflichtigen Dampfheißes vertraut und in der Lage sein, Reparaturen an den vorhandenen Maschinen selbst auszuführen. Die Anstellung erfolgt im Wege des Privatdienstvertrages. Probezeit bleibt vorbehalten. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen bis 10. Februar 1928 erbeten an den

Kat der Stadt Freital.

Am vergangenen Sonntag, dem 22. Januar, 10 Uhr, verstarb im Städtischen Krankenhaus einer der besten Kämpfer im proletarischen Klassenkampf, unser Parteigenosse

Alwin Hoffmann

im Alter von 61 Jahren.

Um zahlreichste Beteiligung zum letzten Geleit wird gebeten.

Ortsgruppe der Proletarischen Freiidenten und KPD Neugersdorf

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 14 Uhr, im Krematorium Zittau statt. Abchiedsfeier 9.30 Uhr in der Totenhalle zu Neugersdorf.

Deutscher Bauerverband — Bauwerkstoffbau

Am Sonntag, dem 22. Januar, 10 Uhr, entschlief nach kurzer Krankheit unser langjähriger Schriftführer, Kollege

Alwin Hoffmann

Sein vorbildliches Wirken und seine stete Obersterdevotigkeit werden uns zum ehrenden Andenken bleiben.

Die Kollegen werden ersucht, vollzählig dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 14 Uhr, im Krematorium Zittau statt. Abchiedsfeier 9.30 Uhr in der Totenhalle zu Neugersdorf. Sammeln der Kollegen 9 Uhr an der Feldbahn.

V.-O.-Lichtspiele

im Volkshaus Dresden-Ost
Schandauer Str. 73, Ecke Altmühlstraße

Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (26. bis 28. Jan.)

Mädchenhandel

Eine internationale Gelehr

Geschildert in 7 Akten auf Grund bisher unveröffentlichter Dokumente mit Unterstützung des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels

Außerdem: Das bekannte große Belpogramm mit neuester Emelka-Wochenschau und Kulturfilm

Vorführungen: 18.30 und 20.30 Uhr

Für Lehrstellensuchende

Wir haben noch Lehrstellen für Ostern 1928 zu besetzen für

Schneider Glasmaler Zylinder Fräser Hobler Formler Werkzeugmacher Maschinenarbeiter	Mechaniker Aufschlagsmaschinen Zylinder Stahlbauer Holzblühdauer Kaufleute Zigarrenmacherinnen
--	--

Beihülfelehrling zum sofortigen Eintritt

Berufsberatungsstelle beim öffentlichen Arbeitsnachweis Freital

Lange Straße 19 Fernruf Nr. 695

Große Auswahl: Unterhosen und Hemden Bettwäsche echt Hirn.-rot Inlette Blus.-u. Hemdenbarchent Hand- u. Taschentücher Oberhemden Kragen, Krawatten Strumpfwaren aller Art gut u. billig

L. Sparschuh

4 Textilhalle Pirna 4 Lange Straße 4

Schreibfach, Bäckerschr., (Werkb.) Bleist., Tisch, usw., Palmstr. 26/27, pt.

Volkshaus Dresden-Ost

Schandauer Str. 73 / Telefon 31725

empfiehlt seine guten Speisen und Getränke

Mieterverein Pirna

Sonntag, den 5. Februar 1928, 14.30 Uhr

Jahreshauptversammlung

im Restaurant „Zum Holinger“

TO: Jahres- u. Kassensbericht, Bericht der Revisoren, Anträge, Wahlen, Vereinsangelegenheiten.

Anträge müssen bis 29. Januar beim Vorsitzenden eingereicht werden. Der Gesamtbericht.

Wo ist das beliebteste Bier- und Speiselokal?

Sommer im

Viktoria Keller

Waisenhausstr. 26

Tägl. Künstlerkonzerte Mittagsgedeck von 90 Pf. an

Zucker

bei 1 Pfd. 0,33, bei 10 Pfd. 0,30, im 2-Zentner-Sack 0,29

Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik Richard Seibmann, Grenaderstraße, Ecke Dammweg

Allen Sportgenossen, Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß wir die Verwaltung des

Bereinsheimdes Kulturbad Götia

Steinbacher Straße

selbst übernommen haben.

Wir bitten alle Genossen um gütige Unterstützung. Hochachtungsvoll Carl Dreuer und Frau.

Sonntag eifrigste Unterhaltungsmusik

Billig! Arbeitshose u. Weste

zusammen für 7,50 M.

bekommen Sie nur bei

Kesten, Annenstraße 16

Sonder-Angebot

Feinsten geräucherter

Kaffeler Rippespeer

das Pfund zu 1.50 RM.

erhältlich in den Verteilungsstellen des

Konsumvereins

Vorwärts



Tage

Beilagen

Dreizehntägige
Zustellung
Schließung
Stimmte Preis

Das B

Wie mit
das Berliner
Berlebungs
handelt es
regierungs
Krieger Mun
Kriegswehr
Wafflerung

Sicher
nach wie
Keriums,
anfahren zu
hinausgeho
der Angeleg
gegebenen
Landbesitzer

Das B
der Chef
Ermittlung
ergibt sich
genannten
Sache inter
lieh, es hat
vielmehr
lassen, daß
hinter der

Das B
nach es sich
sondern daß
tag für die
Anlage in
kell.

Die R
hund, daß
erhalten
Handels, Z
strafliche S
schwierig
angelegent
des Reichs
Hage eine

Die P
schwarzme
falschen
leistung d
beweist er

Die P
FD nach
nimmt
leits V
Reicher
tagstar
scheibun
eingerei
bidatus
ne ger
Schade
wender
lanbild
Die
thollen